

Pressemitteilung



Mit der Bitte um Veröffentlichung

Bonn, 6. Feb. 2004

Kritik an der Biodiversitätskonvention –

BUKO Kampagne gegen Biopiraterie

c/o BUKO Agrarkoordinat^{ion}
Nernstweg 32
22765 Hamburg

www.biopiraterie.de
info@biopiraterie.de

Fon: 040/39 25 26
Fax: 0228/399 00 629

Ansprechpartner:
Steffen Jörg
Tel.: 0177/3005711

Spendenkonto
BUKO-VzF e.V.
Ev. Darlehnsg. Kiel
BLZ 210 602 37
KN 234 389

Scharfe Kritik an der Biodiversitätskonvention äußert die BUKO Kampagne gegen Biopiraterie in einem Positionspapier, welches heute veröffentlicht wurde. 10 Jahre nach Inkrafttreten der CBD zeigt sich immer mehr, dass diese nicht in der Lage ist, der Patentierung von Lebensformen etwas entgegen zu setzen.

Gregor Kaiser, Mitarbeiter der Kampagne: „Die CBD ist ein technokratische Instrument, welches Eigentumsrechte an Lebensformen festschreibt und so der Biopiraterie keinen Inhalt gebietet – und das war eines ihrer intendierten Ziele. Sie ist saft- und kraftlos und das von der CBD propagierte Instrument des Benefit-Sharing kann nicht funktionieren, wie auch die Erfahrungen der letzten 10 Jahre zeigen.“ Die Kampagne fordert daher von den Vertragsstaaten u.a. , in der CBD das Verbot der Patentierung von Lebensformen festzuschreiben sowie alle Bioprospektionsprojekte ein zustellen, bis eine alle Parteien berücksichtigende Lösung gefunden wurde.

Anlass des Positionspapiers ist die am kommenden Montag beginnende 7 Vertragsstaatenkonferenz der CBD in Malaysia, wo v.a. die Themen Technologietransfer sowie die Rolle von Schutzgebieten beim der Erhalt von biologischer Vielfalt im Vordergrund stehen werden.

Wortlaut des Positionspapiers im Anhang



Ein Diskussionspapier zur „Konvention über Biologische Vielfalt“ (CBD)

Im Wissen darum, dass es positiv und anerkennenswert ist, dass

- a) indigenen und lokalen Gemeinschaften in der CBD ein hoher Stellenwert eingeräumt wird und dass die CBD neben der ILO-Konvention das einzige völkerrechtliche Abkommen ist, das ihnen Rechte zuspricht,
- b) die CBD die Souveränität von Staaten über den in ihren Territorien vorhandenen Reichtum an Biodiversität anerkennt und damit versucht der entschädigungslosen Ausbeutung dieser Ressourcen durch Unternehmen und Forschungseinrichtungen des Nordens Grenzen zu setzen,
- c) zum ersten Mal in der Geschichte ein Ausgleichsinstrument vereinbart wurde, das es den biodiversitätsreichen Ländern ermöglicht, Entschädigungen für die Nutzung dieser Biodiversität durch andere zu erhalten,
- d) sich die CBD zu Patenten – und anderen geistigen Eigentumsrechten – auf Lebensformen weitgehend neutral verhält, in einer Zeit, in der sich diese auf vielen Ebenen durchsetzen,
- e) mit dem Biosafety-Protokoll im Rahmen der CBD ein Vertrag geschaffen wurde, das dem Vorsorgeprinzip Rechnung trägt und der Bio- und Gentechnologie nicht Tür und Tor öffnet,
- f) die CBD Beteiligungs- und Einwirkungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure bietet, die es in anderen Foren nicht gibt,

müssen wir dennoch zu dem Schluss kommen, dass die CBD in vielen Punkten zu kurz greift und zu kritisieren ist. Kritikwürdig ist, dass

- a) die CBD mit der Zuweisung von Biodiversität unter staatliche Souveränität und dem Ansatz des Benefit-Sharing von einem Konzept der Festschreibung von Eigentumsrechten an der Natur ausgeht und damit die kapitalistische Verwertung von Natur unterstützt.
- b) diese Konzeption von Natur als Ware grundlegend den Wertesystemen und Naturkonzepten vieler indigener und lokaler Gemeinschaften widerspricht.
- c) die CBD Patente und andere Formen geistiger Eigentumsrechte (auch auf Leben) grundsätzlich akzeptiert bzw. die Anerkennung von Patenten im Hinblick auf Technologietransfer sogar fordert, solange sie keine negativen Auswirkungen auf den Erhalt biologischer Vielfalt haben.
- d) das Benefit-Sharing als Instrument des gerechten Ausgleiches zwischen den einzelnen Akteuren gesehen wird. Dies funktioniert aber nur in seltenen Fällen, weil
 - ein Benefit-Sharing nicht gerecht sein kann, wenn eine Pflanze, ein Tier oder ein Mikroorganismus in mehr als einem Land vorkommt, ein Vertrag aber nur mit einer Regierung geschlossen wird.

- ein Benefit-Sharing nicht gerecht sein kann, wenn ein Vertrag mit einer indigenen Gemeinschaft geschlossen wird, aber mehrere Gemeinschaften – auch über Grenzen hinweg – die entsprechende Pflanze nutzen.
 - die oft existierenden Formen kollektiver Entscheidungsfindung in indigenen und lokalen Gemeinschaften nicht notwendigerweise mit einer Verhandlungssituation wie sie die CBD vorsieht vereinbar sind.
 - die konkrete Ausgestaltung eines benefit-sharing-Vertrag immer von den Kräfteverhältnissen zwischen den Verhandlungspartnern abhängt und damit in vielen Fällen die Akteure des Nordens begünstigt.
- e) die technologische Überlegenheit des Nordens zementiert wird und keine anderen Wissenssysteme als gleichberechtigt gegenüber dem westlichen Verständnis anerkannt werden.
- f) die CBD lokale und indigene Gemeinschaften entgegen deren eigenen Forderungen nicht als souverän und mit Verfügungsrechten über ihre Territorien ausgestattet gegenüber dem jeweils eigenen Staat begreift. Somit besteht die Gefahr, dass über die Verwendung von genetischen Ressourcen ohne angemessene Beteiligung dieser Gemeinschaften entschieden wird.

Wir, die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, sind davon überzeugt, dass die Biodiversität nicht durch kommerzielle Nutzung und Privatisierung erhalten und geschützt werden kann.

Im Bewusstsein der Widersprüchlichkeit unserer eigenen Position – der Ablehnung der CBD als Ausdruck kapitalistisch-westlichen Ausbeutungsdenkens im Bezug auf natürliche Ressourcen einerseits und andererseits der Anerkennung der Tatsache, dass die Abschaffung der CBD nichts verbessern und möglicherweise einiges verschlimmern würde – fordern wir daher:

- ▶ Marginalisierte Akteure v. a. des Südens zu stärken und sie an allen Verhandlungen als gleichberechtigte Parteien zu beteiligen.
- ▶ Keine Patente auf Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere, Menschen und ihre Teile zu vergeben und dies in der CBD festzuschreiben.
- ▶ Alle Bioprospektionsprojekte so lange einzustellen, bis die marginalisierten Akteure gehört wurden und ihre Forderungen Berücksichtigung gefunden haben.
- ▶ Nicht gewinnorientierte Forschung in öffentlicher Hand zu stärken und Forschungsförderung und (Quer)subventionierung für Private einzustellen.

WEITERE INFOS:

BUKO Kampagne gegen Biopiraterie, c/o BUKO Agrar Koordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
 Tel.: 040/392526, Fax: 040/399 00 629, Email: info@biopiraterie.de, www.biopiraterie.de